

JOHANN-RIEDER-REALSCHULE

Grünes Licht für 19-Millionen-Sanierung

Ohne Gegenstimme hat der Stadtrat den Weg für die Erweiterung und Erneuerung der Johann-Rieder-Realschule freigemacht und der Entwurfsplanung für die Sanierung des alten A-Gebäudes zugestimmt. 19,5 Millionen Euro wird die Stadt für das gesamte Projekt in den nächsten Jahren in die Hand nehmen.

Rosenheim – Der Auftakt für das Großprojekt wird in den Pfingstferien 2017 mit der Sanierung des Hauses A gemacht. Das Altgebäude soll mit neuen Fenstern und neuem Dach energetisch fit gemacht werden sowie eine Lüftungsanlage und elektrischen Sonnenschutz erhalten. Zum Sanierungspaket gehören auch die Verbesserung der Akustik in den Klassenzimmern, die Erneuerung der Sanitärräume, der Austausch der Böden und Türen, neue Heizkörper und neue Beleuchtung, eine neue Elektroverteilung sowie die barrierefreie Erschließung des Gebäudes.

Die Renovierung soll laut Zeitplan im Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Um den Unterricht möglichst wenig zu stören, wird vor allem in den Ferien gearbeitet.

Die schlechte Nachricht: Weil mehr gemacht werden muss als ursprünglich geplant, haben sich die Kosten um rund eine Million Euro erhöht. Die gute Nachricht für die Stadt: Bislang ging die Kämmerei von einer Förderung in Höhe von rund 3,6 Millionen Euro aus. Tatsächlich erhält Rosenheim aber etwa 5,5 Millionen Euro Zuschuss. Im städtischen Haushalt ergibt sich somit trotz Kostensteigerungen sogar eine Einsparung.

Rechtsdezernent Herbert Hoch versicherte auf Nachfrage von Franz Lukas (Bündnis 90/Die Grünen), dass die Stadt eine gültige Baugenehmigung habe. Anwohner hatten vor dem Verwaltungsgericht in München wegen Verletzung des Abstandsflächengebots und nicht nachgewiesener Stellplätze geklagt. „Es gab ein Rechtsgespräch am Verwaltungsgericht und wir haben die Kritikpunkte durch eine neue Baugenehmigung entkräftet“, versicherte Hoch. Nach Überzeugung der Stadtverwaltung entsprächen nun – nach den Nachbesserungen – die Abstandsflächen und Stellplätze den Forderungen der Bauordnung. Allerdings: Ein Prozessrisiko bestehe immer.

Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer sprach von „berechtigten nachbarschaftlichen Befindlichkeiten“. Klar sei aber auch: „Wir brauchen die Schule und wir können sie angesichts der Synergieeffekte mit dem benachbarten Sebastian-Finsterwalder-Gymnasium auch nicht einfach versetzen.“ Der Beschluss erfolgte einstimmig.